

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er scheint wöchentlich.
Zugpreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin, N.W. 40, Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68

Inserentionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechsgehaltene Nonpareilzeile 60 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

Unser Verband im Jahre 1925.

Nach Beendigung des Inflationsjahres 1924 mit all seinen für die Arbeiterschaft so nachteiligen Erscheinungen begann das Jahr 1925 recht hoffnungsvoll. Die Industrie war gut beschäftigt, die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig erträglich. Der Umfang des deutschen Außenhandels steigerte sich. In der deutschen Schlüsselindustrie zeigte sich eine zunehmende Kapazität. Die deutschen Reichsfinanzen entwickelten sich günstig infolge der hohen Steuerüberschüsse. Die Reparationszahlungen im ersten Damesjahr erfolgten reibungslos. Und die deutsche Währung, an deren Lebensfähigkeit so viele bisher nicht glaubten, blieb stabil. Es ist darum kein Wunder, daß man glaubte, daß der vom Minister Dr. Stresemann geführte Silberstreifen auch für die innerwirtschaftlichen Verhältnisse sich zeigen würde.

Mit dem Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist die Lage der deutschen Arbeiterschaft eng verknüpft. Sie erwartet von diesem Aufschwung keine goldenen Berge, aber eine bessere Möglichkeit ihrer gewerkschaftlichen Kraftentfaltung. Einen besseren Boden zur Erreichung eines höheren Lebensniveaus. Wenn jemals das Sprichwort: „Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben“ Sinn gehabt hat, so diesmal für das vergangene Jahr.

Am Schluß des Jahres haben wir eine Arbeitslosigkeit von über zwei Millionen. Diese sind als Produzenten aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden und fehlen am Warenmarkt als Käufer. Nachdem die Arbeiterschaft die Opfer der Inflation waren, muß sie nun die Folgen der Wirtschaftskrisis tragen. Einer Wirtschaftskrisis, deren nachteilige Auswirkungen nicht entfernt so stark auf die Arbeiterschaft lasten würde, hätte man regierungsseitig die wiederholt von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Wege beschritten. Wir können es uns an dieser Stelle ersparen, auf diese Dinge einzugehen, da sie im Laufe des vergangenen Jahres in der „Verbands-Zeitung“ wiederholt erörtert wurden. Auch gibt unser Jahrbuch für das Jahr 1925 in zusammenhängender Weise Auskunft. Aber auf eines muß in eindringlicher Weise hingewiesen werden: Gäbe es in einer Zeit, in der zwei Millionen Arbeitslose im Lande sind, keine Gewerkschaften und damit keine die Arbeitgeber bindenden kollektiven Verträge, so würde die Höhe des Lohnes sowie die Arbeitsbedingungen durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt bestimmt. Es bestünden dann wieder für die Arbeitgeber die geradezu goldenen Zeiten, in der sie mit jedem einzelnen Arbeiter die Höhe des Lohnes und die sonstigen Arbeitsbedingungen „vereinbaren“ würden. Gerade deshalb zeigt die Zeit der großen Arbeitslosigkeit den Kollegen in zwingender Weise den Weg zum Verband. Die Stärke der Mitgliederzahl unseres Verbandes bestimmt den Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in unseren Berufen.

Die Mitgliederzahl ging im Jahre 1924 zurück, allerdings nicht entfernt in dem Maße wie in den meisten anderen Verbänden. Mit 1925 setzte schon der Aufschwung ein. Die Zahl der Ortsvereine und Mitglieder beträgt nach Quartalen:

	Ortsverein	Mitglieder
4. Quartal 1924	350	65 535
1. „ 1925	358	67 612
2. „ 1925	356	67 617
3. „ 1925	350	69 195
4. „ 1925	351	67 691

Der Aufschwung trat nicht in dem erhofften Umfange ein. Es ist vorerst eine Zunahme vom 4. Quartal 1924 zum 1. Quartal 1925 vorhanden. Die Ziffer steigt dann im 3. Quartal noch einmal an und fällt im 4. Quartal auf den Stand bei Jahresbeginn. Die Mitgliederzahl war also das ganze Jahr 1925 hindurch stabil. Das schließt natürlich nicht aus, daß innerhalb der einzelnen Gauen und Ortsvereine während des Jahres Schwankungen nach oben und unten vorhanden waren. Es zeigt sich hier wieder die mangelnde Solidarität einzelner, die nach erfolgter Lohnbewegung ihre Beiträge „sparen“ wollen. Das hat sich auch im vergangenen Jahre mehrfach gezeigt. In mehreren solchen Betrieben, in denen die Kollegen dem Verband den Rücken kehren, mußten sie ohne weiteres mit Lohn-

fürzungen und Arbeitszeitverlängerungen vorlieb nehmen. In anderen Fällen blieben sie auf dem niedrigen Lohnniveau des Jahres 1924 stehen und gingen längst erworbener tariflicher Errungenschaften verlustig. Größtenteils wagten sie auch nicht die Wahl der Betriebsräte und verzichteten somit auf jeden Entlassungsschutz. Diese Kollegen müssen sich in ihrem Innersten die schwersten Vorwürfe machen, daß sie auf ein Grundrecht der Verfassung verzichteten, um deren Anerkennung die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten gekämpft hat. Vereinzelt sind auch Mitgliederverluste auf das Konto Betriebsauslassungen

Die Arbeitslosigkeit — was muß dagegen getan werden?

Deutschland steht vor der Gefahr, daß die überaus ernste Arbeitslosigkeit zu einer chronischen wird. Trotzdem die Sommermonate sonst regelmäßig eine beträchtliche Besserung des Arbeitsmarktes bringen, sank die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von etwas über zwei Millionen im Februar bis März nur auf etwa 1,7 Millionen. Von den in unseren Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmern waren

	arbeitslos	Kurzarbeiter	vollbeschäftigt
Ende Februar	22,1 Proz.	21,3 Proz.	56,6 Proz.
Ende März	21,7 „	21,3 „	57,0 „
Ende April	18,7 „	18,4 „	62,9 „
Ende Mai	18,2 „	17,9 „	63,9 „

In den letzten Wochen steigt die Zahl der Unterstützten erneut. Es zeigt sich in den typischen Industrien und Industriebezirken, daß die Stilllegungen und Betriebseinschränkungen noch nicht abgeschlossen sind. Es besteht die dringende Gefahr, daß im Herbst die Zahl der Erwerbslosen außerordentlich ansteigen wird, so daß im Winter sicher weit über zwei Millionen Erwerbslose Unterstützung beziehen müssen, ungerechnet die zahlreichen Erwerbslosen, die als angeblich „nicht bedürftig“ von der Unterstützung ausgeschlossen sind.

Diese vor allem aus dem allgemeinen Nachlassen der Kaufkraft, der besonderen Störung der europäischen Ostmärkte und nicht zuletzt durch die Verdrängung von früheren Absatzmärkten infolge der fortschreitenden Industrialfizierung ehemaliger Kolonialgebiete entstandene Krise der europäischen Industrieländer wird verstärkt:

1. durch das gegen früher stärkere Sineindrängen von Volksteilen als Arbeitnehmer in die Produktion (Deutschland hatte 1924 rund 19 Millionen Krankenversicherungspflichtige gegen etwa 16½ Millionen im Jahre 1913). Eine gleiche Erscheinung ist auch in anderen Ländern, vor allem England, zu beobachten;
2. durch die schnell steigende organisatorische und technische Rationalisierung der Produktion. Die Wirkungen des langen Krieges revolutionierten die Produktion, rissen Kolonialländer aus der Beharrung und beschleunigten in den Industrieländern die Technisierung und betriebsorganisatorische Verbesserungen. Dieser Prozeß wird sich mit einer der Entwicklung innewohnenden Gesetzmäßigkeit immer mehr steigern und alle Industrieländer erfassen.

Deutschland steht seit der Stabilisierung in dieser überaus bedeutsamen technischen, betriebswirtschaftlichen und betriebsorganisatorischen Entwicklung der Produktion, die sich zunächst aus Kapitalmangel langsam anbahnte, neuerdings aber ein sich schnell steigendes Tempo zeigt. Damit gerät unsere Produktionskapazität in ein steigendes Mißverhältnis zur Summe der sich anbietenden Arbeitskräfte, weil der durch die geringe Kaufkraft begrenzte Konsum der Massen hinter dem Leistungsgrade unserer Produktion zurückbleibt. Dadurch verschärft sich die Arbeitsmarktkrise. Immer größere Massen werden allein schon als Folgeerscheinung der technischen und organisatorischen Rationalisierung arbeitslos. Während die typischen Erscheinungen der Wirtschaftskrise (Konkurse, Wechselproteste, Zinsrate, Kapitalversteigerung usw.) immer mehr zurücktreten, droht der starke Ueberfluß an Arbeitskraft, wie auch in anderen Wirtschaften, insbesondere in der englischen Wirtschaft, auch in Deutschland zu einer Dauererscheinung zu werden.

Dieser Zustand zwingt zu durchgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Bleiben solche aus, so muß die Krise zur Dauerkrise stärksten Ausmaßes werden und zu

und -einschränkungen zu sehen. Die Auf- und Abbewegung im Mitgliederbestand hat mit dem Jahre 1925 aufgehört. Wir haben festen Boden gewonnen. Mit vorkriegsmäßiger Methode und Präzision muß die Ausbreitung des Verbandes in allen unseren Industriezweigen betrieben werden.

Der Verbandsbeirat zum Ergebnis der Urabstimmung.

Der Verbandsbeirat hat in seiner Sitzung am 8. Juli in Düsseldorf zu dem Ergebnis der Urabstimmung Stellung genommen und hat mit 25 gegen 7 Stimmen das Abstimmungsergebnis in unserem Verbands als tragfähige Grundlage für die Verschmelzung anerkannt.

großen staatspolitischen Störungen führen ohne Hebung der Kaufkraft, also des Verhältnisses zwischen Lohn und Warenpreis und dadurch steigenden Konsums ist das Problem nicht zu lösen. Heute hindert noch die kurzfristige und egoistische Einstellung der Produzenten und Händler, begünstigt durch Kartelle und Preisconventionen, daß sich die verbilligenden Produktionsmaßnahmen in sinkende Warenpreise umsetzen. Ohne auf weite Sicht gerichtete planvolle wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Kaufkraft und Hebung des Konsums ist eine Belebung des Arbeitsmarktes unmöglich. Dazu gehört in erster Linie eine planmäßig auf angemessene Erhöhung der Löhne gerichtete Lohnpolitik, Verzicht auf Zölle und weitere Mietsteigerung, Senkung der Warenpreise durch Rationalisierung, verbunden mit weitgehender Beschränkung der Profitrate.

Aber Hauptaufgabe ist, sofort die akute Not der mehr als zwei Millionen Erwerbslosen zu überwinden. In erster Linie durch Arbeitsbeschaffung. Die von den Gewerkschaften stets erhobene Forderung: werterhaltende öffentliche Arbeiten, die meist ohnehin dringend nötig sind und in absehbarer Zeit durchgeführt werden müssen, in die arbeitsarme Zeit vorzuverlegen, den Wohnungsbau zu verstärken, Dehlandkultur und Bodenverbesserung größeren Stils zu betreiben usw., ist vom Reichstag anerkannt. Aber das aufgestellte Programm muß schnellstens durchgeführt werden.

Ohne die schnelle Lösung der Finanzfrage bleibt es ein leeres Versprechen, das niemanden satt macht. Es ist bedenklich, daß bereits die Zahl der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen gegen den Vormonat von 170 000 auf 154 000 gesunken ist, weil einige Länderregierungen glauben, nicht laufend die nötigen Mittel aufbringen zu können. Helfen kann nur der Weg der Anleihe der nötigen Mittel, eventuell im Ausland.

Aber auch schnelle und ausgiebige Mittelbeschaffung würde nicht helfen, wenn es nicht zugleich gelingt, den fürchterlichen, die Durchführung von Notstandsarbeiten verjählenden Instanzenzug zwischen Reich, Land, Provinz, Bezirk, Gemeinde und hier wieder jeweils zwischen den zahllosen über-, unter- und nebeneinandergeordneten Behörden, Ämtern und Geschäftsstellen endlich radikal beiseite zu schieben. Die Durchführung der Notmaßnahmen schreit nach Rationalisierung des Behördenapparates. An die Stelle der zahllosen, sich gegenseitig hemmenden Instanzen müssen wenige, aber mit starken Befugnissen ausgestattete Behörden treten.

Da diese Maßnahmen, auch wenn schnell und in vollem Maß durchgeführt, allein nicht genügen und immer noch viele Hunderttausende, sicher sogar die weitaus größere Zahl der Erwerbslosen, ohne Arbeit lassen, muß das System der geldlichen Unterstützung verbessert und ausgebaut werden. Die heutige Unterstützung ist in vielen Fällen zu gering, um eine langfristige Erwerbslosigkeit zu überbrücken. Es ist unerträglich, Millionen von Volksgenossen dauernd an der absolut tiefsten Grenze der Existenzfristung zu halten. Es muß daher ein genügendes Existenzminimum gewährleistet sein. Der Einwand der Arbeitgeber, die Unterstützung erreiche oder überschreite gelegentlich den Lohn, kann und darf nicht zu einer Verletzung der sozialpolitischen Pflichten führen. Es ist nicht angängig, die für den dringendsten Unterhalt eines

Erwerbslosen nötige Unterstützung an den Gläubigern gewisser Industrien zu messen. Unkenntnis hiesige den wirtschaftlich schädigenden Lohndruck dieser Unternehmer fördern. Verlagt die Erwerbslosenfürsorge diesen Erwerbslosen eine genügende Unterstützung, so muß zwangsläufig die allgemeine Wohlfahrt helfend eingreifen (die heute auch schon bei Hungerlöhnen der Vollbeschäftigten eingreift), dann aber mit dem einzigen Erfolg, daß Verteuerung der Verwertung, Verzettelung und Erschwerung der arbeitsmarktpolitischen Ziele der Erwerbslosenfürsorge eintritt, ohne daß die Gesamtkosten im mindesten sinken. Der Einwand, daß eine genügend hohe Unterstützung den Arbeitswillen erhöhe, kann ernstlich, angesichts der Tatsache, daß alle Arbeitsnachweise voll von ernstlich Arbeit Suchenden sind und kein offener Arbeitsplatz unbesetzt blieb (wenn nicht geradezu Hungerlöhne geboten oder Tarifbruch zugemutet wurden) nicht erhoben werden.

Die Beschaffung der Mittel für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge (heute samt Verwaltung, öffentliche Arbeitsnachweise und Krankenversicherung der Erwerbslosen rund 110 Millionen Mark monatlich), ist sicherlich eine ernste Befastung der Gesamtwirtschaft. Aber sie ist selbst bei einer durch Verbesserung der Unterstützung entstehenden Steigerung nicht unerträglich. Für die Aufgabe, mehr als zwei (mit den Familien mehr als vier) Millionen ihrer Mitglieder, die ihr einziges Gut, ihre Arbeitskraft, nicht nutzen können, die um der Reorganisation dieser Wirtschaft willen subsistenzlos sind, zu erhalten und vor dem Versinken zu bewahren, muß die Gesellschaft die nötigen Opfer bringen. Uebersteigen die notwendigen Kosten die verfügbaren Mittel, so müssen an anderer Stelle Ersparnisse gemacht oder es müssen weitere Finanzquellen geöffnet werden.

Das Gemeindebestimmungsrecht und seine Verfechter!

Das Gemeindebestimmungsrecht wurde am 28. April im Haushaltsausschuß des Reichstages mit 15 gegen 14 Stimmen und am 11. Mai im Plenum des Reichstages mit 241 gegen 163 Stimmen bei sechs Enthaltungen abgelehnt. Dieser Unterschied in der Stimmzahl zeigt, daß man im Plenum der Frage des Gemeindebestimmungsrechtes, das von allen maßgebenden Befürwortern als Vorstufe zur Trockenlegung betrachtet wird, die nötige Bedeutung beimah. Nicht nur für uns, sondern auch für weite Arbeiterteile unverständlich ist nur, weshalb sich die Arbeiterparteien und sogar durch Fraktionszwang dafür einsetzten. Man will es nicht wahr haben, aber es ist doch so: man hat sich in die Idee verrannt, daß es eine Kulturtat sei, das Volk vom Alkohol zu befreien, der alles Elend und alles Uebel, das vorhanden, erzeuge, und man glaubte wohl auch teilweise an den Erfolg in Hinsicht auf die rosigfarbten Berichte aus dem „trockenen“ Bande der Vereinigten Staaten und anderen „trockenen“ Ländern. Und als die grauenvolle Wahrheit über die Folgen des Alkoholverbotes in den „trockenen“ Ländern immer mehr zu uns herüberkam, da mag wohl mancher der Verfechter des Gemeindebestimmungsrechtes gestutzt haben. Aber die unbefehrbaren Fanatiker geben ihr Spiel nicht verloren, sie zogen nun andere Register. An Alkoholverbot dächten sie gar nicht, nicht es, man wollte nur das Volk entscheiden lassen, ob es mit etwas weniger Schankstätten auskomme; es wäre sogar möglich, daß beim Gemeindebestimmungsrecht noch mehr Alkohol konsumiert würde, weil Produktion und Verkauf frei blieben sollten. Und weil ihnen niemand glaubte, wurden sie rabiat, ohne Rücksicht darauf, wie gefährlich es war, gerade in der politisch bewegten Zeit des Volksbegehrens und Volksentscheides große Arbeitermassen vor den Kopf zu stoßen. Die Rücksicht, die wir auf die Zeitverhältnisse nahmen, veranlaßten uns auch vorläufig zu den Anwürfen zu schweigen, aber nun muß einmal etwas dazu gesagt werden.

Die Aufzeichnungen des Kollegen Badert über seine in Amerika gemachten Erfahrungen und Feststellungen über die Auswirkung der Prohibition in der Broschüre „Meine Amerikareise“ wurden gerade zu rechter Zeit vor der Reichstagsdebatte über das Gemeindebestimmungsrecht fertig. Sie bestätigen, was man teilweise schon vorher über die Folgen der Prohibition in den Vereinigten Staaten gehört und gelesen hatte. Diese Broschüre wurde den Regierungsvertretern, sowie sämtlichen Mitgliedern des Reichstages kurz vorher zugestellt, und sie wurde auch reichlich von den Gegnern des Gemeindebestimmungsrechtes zitiert. Das machte die fanatischen Alkoholgegner und Vertreter des Gemeindebestimmungsrechtes fuchsteufelswild. Man muß im Reichstage die Debatte über das Gemeindebestimmungsrecht mit angehört haben und die Zwischenrufe der Alkoholgegner, namentlich wenn Baderts Broschüre zitiert wurde. So leistete sich der Abgeordnete Sollmann von der SPD. laut Bericht im „Vorwärts“ den Zwischenruf: Nehmen Sie das Buch ernst! Wir können es schon verstehen, wenn jemand unwillig ist, dem die Petersilie verbagelt ist. Aber so aus der Rolle zu fallen, sollte einem Diplomaten nicht passieren. Wie wir Sollmann mit „Seinen letzten Zielen“ in der Alkoholfrage nehmen, wollen wir feststellen ihm überlassen. Aber wir halten es für nötig, auf einen Umstand hinzuweisen, wodurch Sollmanns Anwurf durch den Zwischenruf besonders charakterisiert wird. In dem vom ADGB. herausgegebenen Buch „Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer“ bringt Genosse Franz J. Furtwängler vom ADGB. eine kleine Sonderbetrachtung über „Das Alkoholverbot oder die Prohibition“. Er bestätigt in der Hauptsache, was Badert über die Wirkung der Prohibition geschrieben hat, vielfach in noch viel schärferer Form. Also: auch das Buch des ADGB. nimmt Sollmann nicht ernst und damit den ADGB. selbst. Das zeigt dann doch nur, zu welchen Versteigerungen abstinentenlerische Unduldsamkeit fähig ist. Nichts wird von den Abstinenten ernst genommen als ihre eigenen Phantasiepläne und Phantasienachrichten.

Die Abgeordnete Frau Arendsee von der SPD. leistete sich den Ausdruck: „Das Buch Baderts über Amerika sei ein Schandfleck für die deutsche Arbeiterbewegung“. Man muß annehmen, die Feststellung und Offenbarung der Wahrheit über die Wirkungen des Alkoholverbotes in den Vereinigten Staaten betrachtet Frau Arendsee als Schandfleck, etwas anderes ist nicht möglich. Aber vom kommunistisch-alkoholgegnerischen Standpunkt aus gesehen hätte man leicht einen Schandfleck, groß und erhaben, im eigenen Reich entdecken können: die Wodkaproduktion und den staatlichen Vertrieb in Sowjetrußland. „Neuland“, das Amtsblatt des deutschen Guttemplerordens, ein gewiß einwandfreier Zeuge, berichtet in Nr. 28 vom 11. Juli d. J., daß Rußland in bezug auf Wodka die Traditionen des Zarenreiches wieder aufnimmt. „Der von dem Volkskommisjar für das Finanzwesen entworfene Voranschlag für den Staatshaushalt will von 1 1/2 Milliarden Rubel Staatseinkünften 500 Millionen aus dem Branntweinhandel ziehen.“ Eine weitere Meldung in der Fachpresse vom 17. Juli d. J. besagt, daß die russische Monopolverwaltung in Konkurrenz mit dem von der russischen Bevölkerung, besonders von den Bauern, selbst bereiteten eigenen Schnaps, der dem Monopolwodka erheblichen Abbruch tut, die Preise für den Monat Juli um 25 Proz. herabgesetzt, zugleich auch für Weine und Vitore. Man will so mit dem Bauernschnaps erfolgreich konkurrieren. Ist das nicht ein Bild für Götter, wenn angesichts dessen eine kommunistische Reichstagsabgeordnete das Buch Baderts einen Schandfleck nennt?

Zum Schluß noch eine Erinnerung an die abstinenten Eulenspiegelarbeit in Nordamerika. Dem „trockenen Jar“, General Lincoln Andrews, sind wieder von der „trockenen“ Mehrheit des Kongresses 120 Millionen Mark bewilligt worden, um die Prohibition in den Vereinigten Staaten nun auch wirklich durchzuführen. Es werden über 900 neue Hilfskräfte angestellt, so daß die Armee der Prohibitionsagenten nun 4000 Köpfe stark ist. Andrews beschränkt den Kampf auf die Nord- und Oststaaten und will zunächst feststellen, durch welche Kanäle die 600 Millionen Liter für Industriezwecke bestimmten Alkohols ihren Weg in die heimliche Schnapsfabrikation finden. In den letzten Tagen ist er persönlich in London eingetroffen, um Maßnahmen zur Verhinderung des Alkoholschmuggels zu befür-

worten. Wenn nun die letzte große Summe nutzlos verpulvert sein wird, dann dürfte die Auffassung wieder weiter Boden gewonnen haben, daß durch staatliche Zwangsmittel solche jeden Menschen persönlich berührende Fragen nicht zu lösen sind, daß sich niemand einen jahrtausendalten Kulturgebrauch verbieten läßt, und dann werden wohl auch die Eiferer in Deutschland davon lernen, die dauernd im Porzellanladen wüten, ohne Rücksicht darauf, was sie zertöppern.

Die Teuerung steigt.

Bei normalen Krisen war immer die Tatsache zu verzeichnen, daß je länger die Krise dauerte und je schärfer sie wurde, die Preise eine mehr oder weniger große Senkung erfuhren. Dadurch wurde auch schließlich die Krise überwunden. In dem die gehäuften Warenmassen durch niedrigere Preisgestaltung abgesetzt werden konnten, die Käufer sich also verminderten und der Industrie dadurch wieder neue Aufträge zugewiesen werden konnten, kam die Produktionsmaschine wieder in Gang und zog nach und nach die durch die Krise freigewordenen Arbeitskräfte wieder auf. So war es bei normalen Krisen. Wie so vieles ist auch die Preisgestaltung bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise anormal. Der Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts zeigt bis Mitte Juni folgende Entwicklung:

Monat	hgw. Stichtag	Durchschnitt 1913:	Veränderung gegen Vormonat hgw. Woche
		100	
Januar 1926		120,0	- 1,2 Proz.
Februar		118,4	- 1,3 „
März		118,3	- 0,1 „
April		122,7	+ 3,6 „
Mai		123,2	+ 0,4 „
2. Juni		123,7	+ 0,7 „
9. Juni		123,7	—
16. Juni		124,2	+ 0,4 „

Zu bemerken ist hierzu, daß hauptsächlich die Agrarprodukte im Preise in die Höhe gingen, während die Industrieprodukte eine geringe Senkung erfuhren. Die Agrarerzeugnisse zogen auf 124,5 an, während die Industrieprodukte auf 123,6 nachgaben. Die sogenannte Preischere ist also jetzt geschlossen. Und hierin scheint die Entwicklung noch gar nicht einmal stillzustehen, im Gegenteil werden die Lebensmittelpreise in der nächsten Zeit nach oben gehen. In Berlin stieg z. B. der Preis für 50 Kilogramm Schenfleisch von 65 bis 92 Mk. am 2. Januar auf 75 bis 98 Mk. am 8. Juni. Hammelfleisch erfuhr in diesem Zeitraum eine Erhöhung von 65 bis 87 Mk. auf 78 bis 110 Mk. für 50 Kilogramm. Wir haben also damit zu rechnen, daß sich der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung weiter verschlechtert und die Krise aus sich heraus eine Senkung der Preise nicht herbeizuführen vermag.

Die gemeinsame Kampffront der Unternehmer.

Die politischen und wirtschaftlichen Reaktionen Deutschlands arbeiten auf eine gemeinsame Kampffront hin. Fugenberg, der lauteste Krieger im Kampfe gegen jeden Fortschritt und gegen die deutsche Republik, umschmeichelt seit Wochen die übrigen bürgerlichen Parteien, um sie für eine gemeinsame Kampflinie zu gewinnen. Namentlich arbeitet man auf eine Vereinigung zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hin. Die endgültige Vereinigung will man durch eine vorläufige Arbeitsgemeinschaft einleiten. Die noch bestehenden Unterschiede in den verschiedensten Auffassungen — sie werden von Tag zu Tag geringer — will man zu überbrücken versuchen. Ueber die Außenpolitik des Ministers Stresemann wird man recht bald zu einer Einigung kommen, weil die Deutschnationalen es sehr gut verstehen, sich auf den Boden gegebener Tatsachen zu stellen, wenn der Agitationslärm verklungen ist.

Die gegenseitigen Besuche der Großlandwirtschaft und Großindustrie mögen so harmlos aussehen wie sie wollen, sie sind aber eines jener Symptome zu werten, die auf eine endgültige Entspannung unter den Parteien des Großbürgertums hinarbeiten. Und wenn man bei diesen Zusammenkünften bei Trintgelagen und gedeckten Tafeln Neben vom Stapel ließ, so

Wie ich Frankreich wieder fand.

Von Fritz Kummer.

III.

Im einstigen Kriegsgebiet.

Paris ist bedeutend weniger industrialisiert als etwa Berlin oder Wien. Zwar sind in seinem Reichsbilde die letzten zwei Jahrzehnte wichtige Unternehmen wie die Automobile von Citroen und Renault entstanden, aber die Belegschaften der großen Fabriken bilden doch nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung. In Paris, dem Regierungssitz eines weiten Landes und dem hervorragendsten Mittelpunkt des internationalen Fremdenverkehrs, nehmen die Gewerbe einen breiten Raum ein, die für Wohnung, Nahrung, Unterhaltung und Luxus sorgen. In der schillerndsten Schwärze des großindustriellen Proletariats kommt noch sein Zerstreutes auf ein weites Gebiet, was seine Sonderheit aus Gassen und Höfen hervorsticht. Sein Geist und seine Lebensart sind kleinbürgerlich. Seine Entschlossenheit hat sich in den geschichtlichen Epochen entfaltet und beide hat nicht viel zu ändern versucht. Infolge dessen wurde der, der die französische Industriearbeiterschaft in Paris studierte, ein sehr ungeliebtes Bild erhalten.

Als man in Frankreich eine in Gesamt- und Eigenart stärker ausgeprägte Industriearbeiterschaft finden, so mag man in die Provinz, so beispielsweise in die industriellen Bezirke des Nordens gehen, die Lille oder Lens zum Mittelpunkt haben. Der Weg dahin führt durch das einstige Kriegsgebiet. Man kommt zu Orten wie Compiègne, St. Quentin, Cambrai usw. woher, die vor ein paar Jahren im Rande der ganzen Welt waren. In beiden Seiten der Bahn noch ununterbrochen verlaufende Weiler und Häuser. Diese Zeugen des vierjährigen Kampfes sind heute in ruhigem Schwande begriffen. Am 1. Januar 1926 waren von den 86684 zerstörten oder beschädigten Be-

hausungen 521 913 wieder erbaut oder ausgebessert; von den 17 616 öffentlichen Bauwerken sind 11 343 wieder errichtet oder repariert, und von den 9332 Industrieunternehmen (mit mindestens 10 Beschäftigten) sind 8228 aufs neue im Gange. Die Straßen, Bahnen und Ackerflächen sind bis auf Bruchteile hergerichtet, der Wald jedoch braucht noch viele Jahre, bis er wieder emporgewachsen ist.

Man kann den Gesamtaufwand für den Wiederaufbau auf 102 Milliarden Franken annehmen. Davon sind 85 Milliarden an die Geschädigten zu entrichten, und zwar 26 für industrielle, 20 für landwirtschaftliche und 40 Milliarden für sonstige Schäden. Am 31. Dezember 1925 waren insgesamt 79 Milliarden ausgezahlt, so daß noch 23 Milliarden zu entrichten sind. 21 Gemeinden sind ganz verschwunden und sollen nicht wieder aufgebaut werden.

Viele der zerstörten Dörfer und Städte nehmen die Gelegenheit wahr, ihr Ortsbild zu verbessern, indem sie die Gassen breiter und gerader, die Gebäude sauberer und gesünder machen. Eine Notwendigkeit, auf deren vollständige Erfüllung nun freilich mancherorts wenig Wert gelegt zu werden scheint. St. Quentin zum Beispiel ist fast ganz wieder hergestellt. Es hat hier vor meinem Vorbeigehen seinen neuen recht geräumigen und prächtigen Bahnhof in Betrieb genommen. Die Umwühlerei vor dem Bahnhof läßt erahnen, daß dort an Stelle des Wüstengepöps ein ansehnlicher Platz geplant ist. In der Stadt selbst nur hier und da noch eine Ruine. An der Kathedrale muß allerdings der größte Teil der Herstellungsarbeit noch geleistet werden. Ihr Inneres ist ganz mit dem Baugerüst gefüllt.

Die Hauptstadt des kohlreichen Bezirks Pas de Calais, Lens, die im Kriege ganz zerstört wurde, ist neu entstanden, wenn auch nicht ganz, denn es wird noch in jeder Gasse an vielen Stellen gebohrt, gemauert und gepußt, und allerwärts liegen noch zerstörte Grundmauern. Sehr eilig scheint man es mit dem Aufbau jetzt nicht mehr zu haben, nur am Bahnhof, einem langen, mehrstöckigen Betonbau, wird eilig geschäft. Nach der Ursache

der Sammeligkeit im Bauen befragt, ertwiderten ein paar Vergleute: das erste, was die Regierung rasch wieder aufgerichtet haben wollte und wofür sie Geld freigebig gegeben, seien Kirche, Kaserne, Gericht und Gefängnis gewesen, dann auch die Bechen. Dies alles sei wieder da und nun, wo es sich nur um Wohnhäuser handele, sei die amtliche Freigebigkeit arg eingebort. Ganz so schlimm scheint es indessen nicht zu sein. Am ganz Lens herum erblickt man nagelneue Fördergerüste der Bechen, sämtlich mit Beton überbaut, um sie gegen Wind und Wetter zu schützen. Die Bechenhöfe sind jetzt blitzsauber, und um den Bechenhof herum ziehen lange Reihen ein- und zweistöckige Backsteinhäuser, die von den Gesellschaften für die Vergleute errichtet wurden und zu einem spottbilligen Mietsfuß abgegeben werden. Auch das Gewerkschaftshaus von Lens, das dem Bergarbeiterverband vom Pas de Calais gehört, ist wieder im Betrieb. Gewerkschaftshäuser sind in Frankreich eine sehr seltene Sache, zumal von solchem Ausmaß und solcher Eindringlichkeit wie das zu Lens.

Drei Millionen ausländische Arbeiter.

Seit dem Kriege erstreckt sich Frankreich einer beispiellosen Geschäftsbüchse. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete stellte beträchtliche Anforderungen an die Industrie, und die allgemach stärker werdende Inflation trug zur Förderung der Warenausfuhr merklich bei. Der außergewöhnliche Bedarf an Arbeitskräften konnte die durch den Krieg geschwächte Bevölkerung nicht decken. Das Unternehmertum, von amtlichen und halbamtlichen Körperlichkeiten unterstützt, suchte den halben Erdball nach Arbeitern ab. Der Anwerbung kam die Wirtschaftsnot manchen Staates wohl zuvorkommen.

So konnte es kommen, daß in den Jahren von 1921 bis 1925 die Zahl der in Frankreich befindlichen Ausländer von 1,7 auf 2,85 Millionen emporstiege. Inzwischen dürfte sich die Zahl der Fremden über 3 Millionen gesteigert haben, denn die Zuwanderung ist immer noch beträchtlich. 1924 wanderten 276 000, 1925 176 000 ein, und der Zuwachs von 1926 wird kaum geringer

lautete deren Untergrund: Industrie und Landwirtschaft müssen gemeinsam an einem Strang ziehen! Gewiß waren die Ansichten in diesen beiden Lagern auch bisher schon nicht sehr verschieden, dennoch war ein großer Teil der Großindustriellen bei der Volkspartei, beim Zentrum, einige vielleicht sogar bei den Demokraten organisiert. Es fehlte die organisatorische Einigkeit, um in jeder Form und Gestalt eine einheitliche, zielbewusste und klare Unternehmerpolitik in politischen und wirtschaftlichen Fragen zu treiben.

Im preußischen Staatsrat ist eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien zustande gekommen. Man sieht hierin nicht mit Unrecht den Anfang einer bestimmten Entwicklung. Die preußische Regierung in ihrer jetzigen Gestalt ist den Herren ein Dorn im Auge. Sie zu beseitigen ist das erste Ziel derartiger Vereinigungen.

Macht sich nicht auch auf wirtschaftlichem Gebiete etwas ähnliches bemerkbar? Wenn wir uns genauer umblicken, so müssen wir diese Frage ohne weiteres bejahen. Die Einstellung der Unternehmer auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist fast einhellig darauf eingestellt, die bisher bestehenden sozialpolitischen Einrichtungen nach Möglichkeit einzuschränken. Allerehand Versuche werden in dieser Beziehung gemacht. Die Rationalisierung der deutschen Industrie wird in allen Unternehmerlagern mit gleicher Konsequenz und Rücksichtslosigkeit durchgeführt. Die Entwicklung in der Preisbewegung des laufenden Jahres hat gezeigt, daß der Lebensstandard der breiten Volksmassen von Woche zu Woche sich verschlechtert. Auf der anderen Seite ist der Stand der Löhne noch derselbe als im November 1925, ja bei einigen Arbeiterkategorien ist sogar eine Senkung des Lohnniveaus festzustellen. Und wenn wir diese Fragen aufwerfen, dann sind wir uns von vornherein darüber klar, daß, wenn von uns der ernsthafte Versuch gemacht wird, die Unterchiede zwischen Lohn und Preis durch Lohnerhöhungen auszugleichen, wir auf die geschlossene Front des deutschen Unternehmertums stoßen würden.

Wer Kämpfe bestehen will, muß die Waffen dazu besitzen. Waffen sind in diesem Falle die Gewerkschaften. Stärkt sie!

Das Halten der Kraftwagen auf „kürzeste Entfernung“.

Eine Reichsgerichtsentcheidung.

Mit einer neuen Reichsgerichtsentcheidung (II D 63/26) wird ausgeführt, daß nach § 18 Abs. 2 der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 5. Dezember 1925 die Fahrgeschwindigkeit so einzurichten ist, daß, wenn der Überblick über die Fahrbahn behindert ist, der Führer des Kraftwagens so langsam fahren muß, daß er das Fahrzeug „auf kürzeste Entfernung“ zum Stehen bringen kann.

Der Angeklagte des vorliegenden Falles, der in Lößnitz einen Mann tödlich überfahren hat, war am Überblick der stark verengten Fahrbahn erheblich behindert, weil auf der linken Straßenseite der zweispännige Kastenwagen des Getöteten hielt, während auf der anderen Straßenseite, etwas rückwärts, sich ein zweites ländliches Fuhrwerk befand. Bei dieser Sachlage war es Pflicht des Angeklagten, seinen Kraftwagen auf „kürzeste“ Entfernung zum Stehen zu bringen. Dieser Verpflichtung ist er nicht nachgekommen, da sein Wagen bei der eingeschlagenen Geschwindigkeit von 25 Kilometern in der Stunde erst nach etwa sieben Metern zum Halten zu bringen, und deshalb mindestens eine bedeutende Verlangsamung des Tempos geboten war. Welche Stundengeschwindigkeit als zulässig anzusehen war, falls der Angeklagte sich nicht durch gänzliches Abstoppen in den Stand setzen wollte, die Lage sicher zu überblicken, brauchte vom Urteil der Vorinstanz nicht angeben zu werden. Zur Feststellung des rechtswidrigen Verhaltens des Angeklagten genügt es, daß nach der Sachlage ein bedeutend langsames Fahren geboten war. Dadurch wäre ein sofortiges Anhalten ermöglicht, und außerdem das die hinter beiden Fuhrwerken befindlichen Fußgänger gefährdende überraschende Auftauchen des Kraftwagens vermieden worden. Die Behauptung der Revision, daß der Kraftwagen auch bei langsamerer Fahrt „fahrtechnisch“ überhaupt nicht auf kürzere Entfernung als sieben Meter zum Stehen gebracht werden konnte, ist offensichtlich falsch.

sein. Fast alle Gewerbe, vornehmlich aber der Bergbau, die Landwirtschaft, die Textilindustrie und das Bauhandwerk sind stark mit Fremden durchsetzt. In den Departements des Nordens machen die Fremdlinge mehr als die Hälfte der 241 000 Köpfe betragenden Bevölkerung aus. Hierzu kommen noch mehr als 50 000 belgische Sachfänger — dort „Fransman“ genannt —, die tagtäglich nach Frankreich kommen, um zu arbeiten. Daß bei einer solchen Masse Fremder manche Bezirke oder Orte zum wahrhaftigen Babel geworden sind, läßt sich denken. Im Pas de Calais, einem Departement von etwas über 1 Million Einwohner, sind nach einer Aufstellung der Präfektur nicht weniger als 39 Nationen mit 95 615 Köpfen vertreten. Die Polen mit fast 53 000 sind die zahlreichste Gruppe, der der Menge nach die Belgier, Tschechen, Italiener usw. folgen. Auch Türken, Marokkaner, Haitianer, Ägypter und ähnliche Völkerstämme sind vorhanden. Die deutsche Kolonie ist 56 Mann stark.

Die Zusammenballung von solchen Massen Landes-, sprach- und sittenfremder Arbeiter muß Schwierigkeiten für Gesellschaft, Staat und Gewerkschaftsbewegung zeitigen. Die Möglichkeiten sind jedoch, wenn ich die Mitteilungen glauben darf, noch im Zustande der Unbedenklichkeit, und die einheimischen Gewerkschaftsleute hielten ihre Meisterung für nicht gerade schwer. Diese Kostspielerei ist wohl auf den Umstand zurückzuführen, daß die Industrie in vollem Gange ist und ein Arbeitsloser jetzt zu den Seltenheiten gehört. Demzufolge hüten sich die Unternehmer, die Fremden zu Lohnbrud und Verdrängung der eingeborenen Arbeiter zu mißbrauchen. Und dank des dringenden Bedarfs an Leuten vermögen die Gewerkschaften, so gering an Zahl sie auch sind, ihren Einfluß erfolgreich geltend zu machen. Man möchte wünschen, daß es auch dann noch so bliebe, wenn der Wiederaufbau zu Ende und der Franken stabilisiert wird, kurz, wenn die beiden wesentlichen Ursachen der jetzigen Geschäftsblüte und der Arbeiterknappheit geschwunden sind.

Die gewerkschaftliche Vereinigung der sprachfremden Gauein

Die Bescheidenheit der „Roten Fahne“.

In Nummer 151 vom 2. Juli brachte die „Rote Fahne“ das Ergebnis der Urabstimmung in den drei in Frage kommenden Verbänden über die Verschmelzung und sagte dabei, daß in den Fachzeitschriften der Verbände der Bäcker und Brauer „keine einzige Zeile für oder gegen den Industrieverband veröffentlicht worden“ sei. — Diese Notiz erschien in großer Aufmachung. Die von uns am 2. Juli eingefandene Berichtigung fand dagegen erst am 8. Juli Aufnahme, und zwar ganz unten in der Ecke, und in einer Form, daß sie nur der finden konnte, der sie suchte. Etwas weniger Bescheidenheit in der Richtigstellung einer falschen Mitteilung hätte man schon erwarten können.

Arbeitsrecht.

Vom Arbeitgeber angeordnete Kurzarbeit bleibt ohne Zustimmung des Arbeitnehmers rechtsunwirksam.

Die Firma August Kleemann in Leipzig führte am 3. Osterfeiertag für den gesamten Betrieb Arbeitsruhe durch. Die Belegschaft widersprach durch den Betriebsrat dieser Maßnahme und stellte ihre Dienste im voraus zur Verfügung. Der Lohn wurde entsprechend gekürzt. Das Gewerbegericht der Stadt Leipzig verurteilte unterm 28. April 1926 G. O. 1374/1926 die Firma zur Zahlung des Lohnausfalls.

Aus den Entscheidungsgründen:

Der 6. April war ein Arbeitstag. Die einseitige Erklärung der Beklagten an die Kläger, an diesem Tage mit der Arbeit auszusetzen, genügt noch nicht, um den Vergütungsanspruch den Klägern zu nehmen. Auslegung bedeutet im arbeitsrechtlichen Sinne ein Doppeltes; für den Arbeitgeber die Befreiung von der Zahlung der Vergütung, für den Arbeitnehmer die Befreiung von der Vorleistung der Dienste. Das Recht zur Aenderung des bestehenden Vertrages bedarf daher vertraglicher Verabredung (§ 305 BGB.). Da die Kläger widersprochen haben, ist diese Verabredung nicht zustande gekommen. Es ist nicht zutreffend, daß in der Ablehnung der Dienste für diesen Tag durch die Beklagte eine Kündigung unmittelbar ausgesprochen sei. Die Kündigung als Gestaltungsrecht bedarf einer bestimmten Form, da sie den Gegner in eine Zwangslage versetzt. Das ist vom erkennenden Gericht in eingehender Weise in der dem Berufungsgericht zurzeit vorliegenden Sache G. O. 153/1926 ausgeführt worden. Inwieweit deckt sich die Ansicht des Gewerbegerichts auch mit der Entscheidung des Landgerichts Dresden, abgedruckt in der „Juristischen Wochenchrift“, 54. Jahrgang 1925, Heft 17, Seite 1911, auf die die Kläger sich bezogen haben. Somit rechtfertigt sich der Anspruch aus dem Gesichtspunkte des Annahmeverzugs (§§ 615, 293 ff. BGB.). Es genügt das unstreitige Vorliegen wörtlichen Angebots der Dienste, da die in § 295 BGB. ersichtliche Voraussetzung vorliegt und die Beklagte die Annahme der Dienste unzweideutig vorher zurückgewiesen hatte.

Auch der zweite Einwand der Beklagten ist nicht stichhaltig. Wenn sie behauptet, daß sie mit dem Aussehen für den 6. April eine Arbeitsfreude gewollt habe, so kann dieser Behauptung nicht gefolgt werden. Eine solche setzt voraus, daß der Arbeitgeber sich mit dem Betriebsrat vorher ins Benehmen setzt. (§ 74 BRG.) Aber selbst wenn unterstellt werden könnte, daß die Beklagte diese Arbeitsfreude, die sie tatsächlich nachher durchgeführt hatte, auch im gegenwärtigen Falle beabsichtigt habe, so wäre auch für diesen Fall die Einhaltung der Kündigungsfrist Voraussetzung. Nun bestand zwar zwischen den Parteien fristlose Kündigung. Aber aus den gleich angeführten Gründen und der gleich angeführten Gesetzesbestimmung (§ 305 BGB.) ist auch hier wegen des Eintritts der Aenderung des Rechtsverhältnisses Zustimmung des Gegners erforderlich. Inwieweit wird verwiesen auf die Ausführungen des Landgerichts Dresden an der angezogenen Stelle. In der Erklärung des Arbeitgebers, verkürzt zu arbeiten, liegt noch nicht die Kündigung. Das Ergebnis solcher einschneidender Aenderungen bringt für den Arbeitnehmer Verlust der Erwerbslospfürsorge für diese Zeit und den Verlust des Einspruchsrechts nach § 84 BRG. Daher ist erforderlich, daß der Arbeitgeber sich mit besonderer Klarheit ausspricht.

hat natürlich ihre Schwierigkeit. Es ist nur im Bergbau vermöge seiner günstigen Voraussetzungen gelungen, eine nennenswerte Zahl, besonders Polen, zu vereinen. Unter den Polen sind sehr viele, die lange Zeit in Deutschland gearbeitet haben, wenn nicht da geboren sind. Mit diesen ist die berufliche wie gewerkschaftliche Zusammenarbeit leichter als mit anderen Fremden. Selbstverständlich — nein, leicht erklärlicherweise — legen gerade diese (deutschen) Polen allen Nachdruck auf ihre polnische Nationalität. Mit den polnischen Arbeitern sind auch Priester aus ihrer Heimat gekommen, die von den Unternehmern beobachtet und bezahlt werden. In welchem Sinne und zu welchem Nutzen diese Geistlichen ihr Amt ausüben, braucht nicht gesagt zu werden. Daß die französischen Gewerkschafter die Tätigkeit der fremden Priester mit gebührender Geneigtheit verfolgen, läßt sich denken.

Das Verhältnis der fremden Proletarier zu den eingeborenen habe ich allerdings besser gefunden, als ich annehmen mochte. Der erfreuliche Zustand ist in hohem Maße darauf zurückzuführen, daß die Fremdlinge keine Verschlechterer der Arbeitsbedingungen sind. Immer wieder wurde betont, daß kein eingewandertes Mann billiger schaffe als der einheimische. Die Fremden sind in Sachen der Bezahlung, der Arbeitszeit, der sozialpolitischen Rechte usw. genau so gestellt wie ihre französischen Kollegen. Ihre Gleichberechtigung ist in den Arbeitsverträgen, die sie noch in ihrer Heimat abgeschlossen, ausdrücklich verbürgt. Außerdem sind Lohn, Wohngelegenheit, Nahrungsmittel und ähnliches mehr ausdrücklich festgelegt. Uebrigens wacht auch die heimische Regierung durch ihre Konsule über die strenge Einhaltung der Verträge durch die Unternehmer.

Wenn und wo hätte sich jemals eine deutsche Regierung ausgewandertes deutscher Arbeiter so angenommen, wie es beispielsweise die italienische, tschechische oder polnische Regierung tut? Hier wäre für eine deutsche Regierung eine prächtige Gelegenheit, für die Erhaltung des Deutschtums im Auslande zu sorgen.

Berichte.

Schindluderstreiben mit der Verbandsmitgliedschaft und seine Folgen.

Es gibt noch eine ganze Anzahl Verbandsmitglieder, die ihre Verbandsmitgliedschaft noch nicht so schätzen, wie es sich für einen organisierten Arbeiter gehört. Ihnen ist noch nicht die gewerkschaftliche Heimat und Treue in Fleisch und Blut übergegangen. Beim geringsten Vorkommnis, Streitereien mit Mitarbeitern oder Meinungsdivergenzen mit dem Verbandsfunktionär, wirft man die Mitgliedschaft weg. Hat sich dieser organisierte Kollege nach einigen Monaten wieder ausgeföhnt, läßt er sich wieder neu in den Verband aufnehmen.

Ein solch leichtfertiges Hin- und Herum ist verwerflich, schädlich und schädigt das gewerkschaftliche Ansehen.

Wie es gemacht wird und was für Folgen daraus entstehen, dafür einige Beispiele:

Das Mitglied W. H. ist 1896 in den Verband eingetreten. Als der verschlechterte Tarif am 1. März 1924 kam, trat er vom Verband aus. Am 14. November 1924 ließ er sich wieder aufnehmen. Im Oktober 1925 wurde er schwer krank, seine Frau wollte das Krankengeld holen, mußte aber zu ihrem größten Erstaunen abgewiesen werden, weil er noch kein Jahr Mitgliedschaft gemacht hatte. Die Frau wußte nicht, daß ihr Mann am 1. März 1924 ausgetreten ist, war sehr verärgert und schimpfte dann über den Verband. Nun ist der Kollege W. gestorben. Durch seinen leichtfertigen Verbandsaustritt hat er sich folgenbemaßen geschädigt:

Er hätte auf 120 Tage Krankenunterstützung Anspruch gehabt, die er aber nicht bekommen konnte, weil er ausgetreten war. Seine Frau hätte nahezu 300 Mk. Sterbegeld bekommen, die sie äußerst notwendig gebraucht hätte, sie mußte aber ebenfalls abgewiesen werden, da ihr Mann sich am 14. November 1924 wieder neu aufgenommen ließ.

Das Mitglied Franz Sch. ist am 4. April 1909 eingetreten, am 1. Dezember 1921 wieder ausgetreten. Am 21. Mai 1922 ist er wieder eingetreten. Im Januar 1926 wurde er krank und bekam für 60 Tage Krankengeld; wäre er nicht ausgetreten, hätte er für 120 Tage Krankengeld bekommen. Nun hat aber Sch. den Beitrag nicht nach seinem Verdienst, sondern um 10 Pf. zu wenig bezahlt; er hat sich auch hier einen Schaden zugefügt. Am 17. April 1926 ist leider unser braver Kollege Sch. gestorben. Seine Frau bekam 54 Mk. Sterbegeld, war darüber sehr ungehalten, weil ihr Franz doch seit 1909 Mitglied wäre. Sie wußte aber nicht, daß er sich am 21. Mai 1922 wieder neu aufgenommen ließ. Seine Frau schimpfte und weinte, wir konnten ihr aber leider nicht helfen.

Der Bierfahrer S. zahlte um 10 Pf. zu wenig Beitrag, als was er auf Grund seines Lohnes hätte bezahlen müssen. Es passierte ihm ein Unglück und wurde als Mitfahrer verhaftet. Weil er nun als Mitfahrer weniger Lohn bekam, zahlte er um weitere 10 Pf. weniger Beitrag. Ferner war er immer mit seinen Beiträgen 5 bis 6 Wochen im Rückstand. Er wurde krank und bekam pro Tag um 20 Pf. weniger Unterstützung und wurden ihm noch die rückständigen 5 Wochenbeiträge abgezogen. Er war darüber sehr verärgert und trat aus. Er soll zu dem christlichen Verband übergetreten sein, der ihm aber keine zwölfjährige Mitgliedschaft, die er bei uns zurückgelegt hat, nicht anrechnet, sondern ihn neu aufgenommen hat. Nach einigen Monaten kam er wieder zu uns und ließ sich aufnehmen und verlor dabei selbstverständlich seine Rechte aus seiner früheren Mitgliedschaft. Den Schaden hieraus kann sich jeder Kollege selbst denken.

Das sind nur einige Beispiele, wie manchmal einzelne Kollegen geradezu verbrecherisch mit ihrer Verbandsmitgliedschaft umgehen.

Solche Vorgänge innerhalb unseres Verbandes müssen durch fortwährende Aufklärung durch unsere Verbandsfunktionäre verschwinden. Deshalb sorgt alle dafür, daß solche Vorgänge ausgemerzt, die gewerkschaftliche Treue verstanden und auch gehalten wird.

„Der Beobachter“ für den Bezirk München.

Jubiläumfeier in Leipzig.

Der Ortsverein Leipzig feierte am 10. Juli in den Räumen des Volkshauses die 40jährige Gründungsfeier bei starker Beteiligung der Mitgliedschaft. Auswärtige Ortsvereine: Berlin, Dessau, Altenburg, Reiz, Grimma, Oera, Langensalza, Halle und Wanzleben halten Delegationen entsandt. Grüße sandten Ortsverein Plauen, die Kollegen Grethlein, Stöcklein, Leujäger und Bär. Kollege Senbig hielt die Festrede und begrüßte die erschienenen Kollegen aus den verschiedenen Ortsvereinen aufs herzlichste. Anschließend gab er folgenden Rückblick: Bereits am 14. März 1885 hatten sich 180 Brauer im Hoferschen Lokal, Leipzig, Nikolaistr. 51, zusammengefunden. Dieser Auftakt zeitigte die Gründung eines Brauervereins am 1. August 1885, der bald nach der Gründung des allgemeinen Brauerverbandes am 17. August 1885 in Berlin, diesem als Gauverein beitrat und in der Entwicklung des Verbandes eine wichtige Rolle spielte. Sechs Jahre lang stand das Verbandsleben im Zeichen von Gärungen. Während die eine Mitgliedschaft nach Klarheit des Willens, nach Anschluß an die übrige Arbeiterbewegung drängte, fand die andere nicht den Mut zur offenen Kampfesstellung.

Der 6. Verbandstag 1891 in Hannover teilte die Strömungen. Der Brauerverein Leipzig blieb für sich, der Bund der deutschen Brauergesellen wurde aus der Laufe gehoben. 1924 vereinte sich dieser Verein aus eigener Erkenntnis wieder mit uns. Heute finden wir in Leipzig eine einheitliche freigewerkschaftliche Organisation unseres Verbandes. Im Jahre 1910 wurden die Mühlenarbeiter dem Verband zugeführt. Die Leipziger Mühlenarbeiter hatten eine Zahlstelle von rund 120 Mitgliedern. Namen wurden mit genannt, die den Ortsverein Leipzig vorwärts gebracht haben. Seit Jahrzehnten verbindet der Verband alle Kollegen in der Brauindustrie, wie Brauer, Bierfahrer, Brauereiarbeiter usw., später auch die Kollegen in der Mühlenindustrie, in den Spirit- und Geseffabriken. Nur wenige stehen noch außerhalb, die durchaus noch gewonnen werden können.

Am Tage der Feier konnten wir 128 Jubilare begrüßen, deren Verbandszugehörigkeit 37 bis 25 Jahre beträgt. Den Jubilaren wurde diese Treue durch ein Diplom bekräftigt. Der Redner ging auch auf die schwierigen Kämpfe in der Brau- und Mühlenindustrie von einst und jetzt ein. Die Kämpfe konnten mit Hilfe der Leipziger Arbeiterschaft immer erfolgreich zu Ende geführt werden. Die Lebensmittel- und Getreidearbeiter stehen heute noch im Kampfe für ein würdigeres Dasein. Die beste Ehrung der Jubilare sei, daß die jüngeren Kollegen im Eifer und Kampfe sowie Treue den alten Kämpfern nachahmen sollten.

Auch der gesamten Arbeiterschaft mühte heute nochmals gedankt werden. Eine spätere Denkschrift soll auf die Entwicklung tiefer eingehen: Den Alten zur Ehr! Den Jungen zur Wehr!

Jubiläumfeier in Passau.

Am 10. Juli feierte der Passauer Ortsverein sein 20jähriges Stiftungsfest im Stadtbauer Garten. Es wurden dabei elf Jubilare beehrt. Der Gesangverein Typographia und Frä. Martha Schent, die einen dem Fest entsprechenden Prolog vortrug, trugen zur Verschönerung des Festes bei.

Genosse Wolf bedachte die Jubilare mit einer humoristischen Ehrung und jeder bekam etwas ab. Gauleiter Schrems hielt eine sehr eindrucksvolle Festrede, gedachte aller derjenigen, die in den Jahren 1904 und später an der Entwicklung der Organisation mitarbeiteten, dankte auch allen denen, die sich verdient in der Arbeiterbewegung gemacht haben.

Passau. Die Ritzbrauerei in Kulmbach hat in Passau-Jnnstadt ein Bierdepot. Obwohl diese Brauerei in Kulmbach auf Reinheit besonderen Wert legt, ist in Passau das Gegenteil der Fall.

Das Bierdepot in Passau befindet sich in einem alten vermoderten Pferdestall und entspricht durchaus nicht den sanitären sowie hygienischen Vorschriften. Es scheint so, als wenn die Gesundheitspolizei, die Gewerbeaufsicht, keine Zeit hätte, diesen Dingen etwas besser nachzugehen.

Erier. Wie schon öfters in unserer Verbandszeitung berichtet wurde, gibt es Kollegen in den einzelnen Betrieben, die die Notwendigkeit der Organisation trotz allem nicht begreifen. So auch in dem Bezirk Erier dem Städtchen Witzburg.

„Gewerkschaftsfragen sind Privatfragen, wenn jedoch die Gewerkschaftsfragen weiter so intensiv betrieben werden, müssen feste, wie das heutige, in Zukunft unterbleiben.“

Die älteren Kollegen hörten mit Tränen in den Augen zu und traten aus der Organisation aus, denen dann die jüngeren folgten. Schon im Jahre 1924 versuchte Simon eine Differenz von 20 Proz. zwischen Witzburg und Erier zu erreichen, was jedoch mißglückte.

„Witzburg, den 22. Dezember 1925.“

III.

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Bez. Erier, Erier, Ballaststr. 16.

Sie empfangen Ihre beiden Schreiben vom 12. d. M. und teilen Ihnen darauf mit, daß wir die beantragte 10proz. Lohn-erhöhung ablehnen müssen. Wir sind nicht der Ansicht, daß unsere Arbeiterschaft sich in bedrängter Lage befindet.

Ein älterer Arbeiter, der dem angeleiteten Arbeiter von heute entspricht, bezog vor dem Kriege einen Durchschnitts-wochenlohn, abzüglich der sozialen Lasten, von 18,45 Mk. bei 48wöchiger Arbeitszeit. Dieser Lohn ist berechnet nach einem Stande vom 1. Juli 1914.

Am 1. Dezember 1925 erhielt ein verheirateter angeleiteter Arbeiter mit zwei Kindern nach Abzug der sozialen Lasten und der Steuer einen Wochenlohn von 35,45 Mk. bei 48 Arbeits-stunden pro Woche.

Der heutige Lohn ist also 192 Proz. des Friedenslohnes bei einer Anspannung der Arbeitszeit um 24 Proz.

Nehmen wir die Stundenlöhne, so betragen diese 1914 30 Pf. und 1925 21 Pf., was 70 Proz. des Friedenslohnes ausmacht.

Sie müssen feststellen, daß die Steigerung der Löhne in Erier und anderen Städten lange nicht soviel ausmacht wie bei uns in Witzburg. Soviel uns berichtet wird, betragen die Löhne in Erier 130 bis 140 Proz. des Friedenslohnes.

Sie sehen also, daß die Sache sich für uns nicht nur un- günstig, sondern in tragbarer Weise entwickelt hat. Wenn wir heute auch keinen Lohnabbau verlangen, so ist es uns doch infolge dessen ermöglicht, den Gehältern einer weiteren Lohn-erhöhung auch nur in Erwägung zu ziehen.

Durch die hohen Löhne sind unsere Produktionskosten ganz erheblich höher gestiegen als die der benachbarten Brauereien. Außerdem haben wir per Hektoliter Absatz viel höhere Fracht-kosten, da wir einzeln auf dem Lande liegen. Es liegt also hier eine Rechtfertigung der Kalkulationsbasis vor, die für eine Firma wie die unsere unter Umständen sich ganz bedeutend aus- wirken kann.

Wenn Sie es für gut halten, in heutiger Zeit die An- gelegenheit weiter zu verfolgen, so werden wir verlangen, daß

unserer Löhne gegenüber dem Frieden höchstens in demselben Verhältnisse gesteigert werden wie in Erier.

Großachtend!

gez. Th. Simon.

Trotz oben Angeführtem konnten mit aller Ueberredungskunst die Leute nicht gehalten werden. Leider werden diese Kollegen erst dann zur Organisation zurückzubringen sein, wenn sie die Errungenschaft der Organisation wieder eingebüßt haben.

Es wäre zu wünschen, daß alle Kollegen an den Verhält- nissen dieser Kollegen und an dem Briefe der Simon-Brauerei Witzburg erkennen, daß die Leistungen der Organisation enorm sind, und daß keiner leichtsinnig mit den so schwer erkämpften Errungenschaften spielen soll.

Rundschau.

Sind Sie auch organisiert?

Vor dem Gewerbegericht in E. spielte sich folgender Vorfall ab. Ein Handwerksmeister hatte einen größeren Auftrag von der Schnupfpolizei bekommen. Er nahm zur Erledi- gung dieser Arbeit einen Gehilfen an.

Darauf der Vorsitzende: „Ja, warum wollen Sie dann nicht den vollen Tariflohn zahlen? Sie haben doch auch Ihrem Auf- traggeber den vollen Gehilfenlohn in Rechnung gestellt! Sie sind doch zur Zahlung des vollen Lohnes verpflichtet!“

Die Angelegenheit stand also für den Kläger, den Gehilfen, sehr günstig. Da kam eine Wendung! Der Vorsitzende fragte den Gehilfen: „Sind Sie auch organisiert?“

Die luxemburgischen Arbeiter erhalten bezahlten Urlaub.

Die luxemburgische Kammer hat einen Antrag angenommen, wonach alle Industriebetriebe ihren Arbeitern jährlich 12 Tage bezahlten Urlaub gewähren müssen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Mai 1926.

Nach den Berichten im Reichsarbeitsblatt für Mai 1926 ergaben sich in den drei nachbenannten Verbänden folgende Ziffern:

Table with 3 columns: Category, Lebensmittel- u. Getränke- arbeiterverb., Nahrungs- u. Genussmittel- arbeiterverb., Fleischer u. Berufs- arbeiterverb. Includes rows for Mitgliederzahl (rund), Arbeitslose in Proz., and Kurzarbeiter in Proz.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NB 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hansa 4934.

30. Beitragswoche vom 18. bis 24. Juli

Geföhlenes Mitgliedsbuch.

Dem Kollegen Theo Seidenficker, Bierfahrer, geb. 28. August 1886 zu Mainz, eingetr. 28. März 1911 in Mainz, Buch-Nr. 286 164, wurde sein Mitgliedsbuch nebst noch anderen Gegenständen, in einer Wirtschaft gestohlen.

Eingänge der Hauptkasse vom 12. bis 17. Juli.

Table listing contributions from various locations: Dänzig 34, Frankfurt a. M. 1610,37, Düsseldorf 750, Koffel 37,50, Breslau 358,47, Kolberg 123,29, Kufel 336,10, Striegau 14,76, Mainz 1370, Witzburg 2250, Andernach 71,15, etc.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Hästenwalde. Raff.: Fr. Rischke, Lindenstr. 31, 2. Aufg. II. Grabow i. Meckl. Raff.: Otto Schult, Alt-Markthier Weg 4.

Ortsverein Zeitz.

Gonnabend, den 31. Juli 1926, abends 7 Uhr, findet im Dianasaal in Zeitz das

35jährige Stiftungsfest

des Ortsvereins Zeitz, verbunden mit Ehrung der Jubilare statt. Wir bitten unsere Mitglieder nebst Angehörigen, der Einladung recht zahlreich folgen zu wollen.

Der Vorstand.

Storbefehl des Ortsvereins Leipzig und Umgegend. Es wurden uns im 1. und 2. Quartal 1926 folgende Kollegen durch den Tod entzogen:

- Alfred Schellbach, Müller, Thomasmühle 44 Jahre; Wilhelm Spilke, Bierfahrer, Brauerei E. Bauer, 59 Jahre; Wilhelm Großmann, Kellerarbeiter Brauerei Riebed & Co.; Carl Schönbauer, Müller, Komium-Mühle, 58 Jahre; Hermann Künzel, Müller, Mühle Fejner, Anauiltzberg, 43 Jahre; Anton Thom, Brauer, Brauerei F. M. Ulrich, 37 Jahre; August Wittig, Bierfahrer, Brauerei E. W. Naumann, 55 Jahre; Paul Weiser, Brennereiarbeiter, Leipziger Spiritfabrik, 50 Jahre; Wilhelm Seeger, Brauer, Brauerei Riebed & Co., 67 Jahre; Karl Wintler, Bierfahrer, Brauerei Riebed & Co., 61 Jahre; Reinhold Radik, Bierfahrer, Brauerei E. W. Naumann, 58 Jahre. Ehre ihrem Andenken!

Nachruf. Infolge Unglücksfall starb unser treuer Kollege Fritz Fertig.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm seine Kollegen der Kalker Aktien-Brauerei, Kalk-Kalk.

Nachruf. Am 18. Juli 1926 verschied nach längerer Krankheit unser Kollege, der Apparateführer Franz Kucharsch.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Reichsmonopolverwaltung des Ortsvereins Randzin D. S.

Nachruf. Am 6. Juli starb unser Kollege, der Brauer Ernst Vietzsch.

Bergbrauerei, im Alter von 40 Jahren infolge Silberberührung. Ehre seinem Andenken. Ortsverein Witzkau.

Nachruf. Durch Unglücksfall mußte der Kollege W. Falter, Geiger, im 69. Lebensjahr sein Leben lassen.

Ehre seinem Andenken. Ortsverein Regensburg.

Dem Kollegen Florian Schiefel und seiner lieben Frau nachträglich zur Vermählung die besten Glückwünsche. Ortsverein Regensburg.

Unserem lieben Kollegen Karl Stoffel nebst seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Ortsverein Andernach.

Unserem werten Kollegen Hermann Vosdorf und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kolleginnen u. Kollegen der Nordhauer Aktien-Brauerei.

Unserem Kollegen, dem Brau- führer Oskar Wittke und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit am 21. Juli 1926 die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Helzen. Unserem Kollegen Georg Fuchs, Bierfahrer, und seiner lieben Frau Anna nachträglich zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ortsverein Augsburg.

Unserem Kollegen Friedrich Müller zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kolleginnen u. Kollegen der Nordhauer Aktien-Brauerei.

Unserem Kollegen Paul Baed nebst seiner lieben Frau zur Silber- hochzeit nachträglich unsere herzlichsten Wünsche. Gleichzeitg wünschen wir unserem Kollegen Robert Beer nebst Frau viel Glück zur neuen Hochzeit. Ortsverein Altsenburg.

Der älteste bekannte Brauer-Holzschuh!



Bei Abnahme von 2 Paar franco. Heinrich Schäfer, Hanau Schirnstr. 5.

Achtung! Bessere von jetzt ab den starken 2-Schnallen-Brauer- schuh für 7,50 Mk., sowie Galoschen, Schnürstiefel und Schafstiefel mit Pol- sohlen in altbekannter und reeller Ware. Preisliste gratis. JOHANN DOHM, Kiel, Michelfenstr. 12.

Brauerhosen

aus Dreidraht- und Zweidraht- Leder. Fordern Sie Muster ein. Muster gratis und franco. Herbert Friische, Niederoderwitz i. Sa.

Brauerschuhe

aus Kernrindleder, wasserfest, extra- starke Sohlen. Paar 7,- Mk. Preis d. Nachnahme sofortiger Billigst. Festreiter, München, Ledererstr. 5 II.

Jungen tüchtigen Brauer

mit guten Zeugnissen sucht zum sofortigen Eintritt Hansa-Brauerei A. G. Labedt.

Durch großen Umsatz der Lage für unseren Brauerschuh, Kernrindleder

zureduzieren. Helfen auch Sie durch Bestellung den Preis in Zukunft noch weiter herab- zusetzen.

Marke „INDUSTRIE“ mit gesetzlich gesch. Hinterkappenschutz von Mark 7,- auf Mark 6,40



Prima Rindleder-Galoschen mit Sohlleder-Hinterkappe Mark 3,50

Industrieschuhfabrik Höchst am Main

Advertisement for Billige bahnische Bettfedern. 1 Kilo graue geschüttelte G.-W. 3,-; halb-weiche G.-W. 4,-; weiße G.-W. 5,-; beste G.-W. 6-7; daunenweiße G.-W. 8,- bis 10,-; beste Sorte G.-W. 12,- bis 14,-; weiße ungefüllte Kapfedern G.-W. 7,-, 9,50, 11,-. Versand franco, postfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch oder Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhmen.

„Wasserfeuer“

aus braunem Kernrindleder mit Sohlleder- aufsenkappe, Soledschoner, Fernschüler und Hochparochien, sowie Schafstiefel in allen Schaft- höhen liefert stets zu billigsten Preisen Josef Urban, Cham in Bayern